



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa
E-mail: angelika.paa@wiesbaden.de
Wiesbaden, 17.01.2008

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
am Dienstag, 22. Januar 2008, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2007

2. **08-F-01-0008**
Einwendungen der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen das geplante Kohlekraftwerk auf der
Ingelheimer Aue
Antrag der SPD- Stadtverordnetenfraktion vom 16.01.2008

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, das beigegefügte Dokument „Einwendung gegen das Vorhaben der
Firma Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Gaßnerallee 33, 55120 Mainz, zur Änderung eines

Kraftwerks, Neubau eines Kohlekraftwerks, Ausbau eines Gewässers und weiterer Vorhaben“ als Einwendung der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen das Kraftwerk bei den zuständigen Stellen einzureichen.

ANLAGE

3. 08-F-25-0008

Alle bisher vorgetragenen Aspekte von Einwendungen in der städtischen Stellungnahme berücksichtigen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.01.2008

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Mitglieder des Umweltausschusses erinnern den Magistrat an den Beschluss Nr. 0221 der Stadtverordnetenversammlung vom 10.5.2007, „möglichst umfassend Einwendungen und Stellungnahmen vorzubringen, um die Interessen der Stadt Wiesbaden und ihre Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen“ und diese „...frühzeitig den Gremien zuzuleiten“.

Der Magistrat wird gebeten, die bisher öffentlichen gewordenen Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern, Bürgerinitiativen, Verbänden und Parteien zum geplanten Kohleheizkraftwerk bei der Erstellung der städtischen Stellungnahme zu berücksichtigen.

Die städtische Stellungnahme soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

- 1.) Emissions- und Immissionsentwicklung (Gesamtschau in der Region, Genehmigungsfähigkeit nach Bundesimmissionsschutzgesetz).
- 2.) Wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren: Detailliertere Angaben zur Erwärmung des Rheinwasser; Auswirkungen auf Flora und Fauna
- 3.) Luftreinhalteplan im Rhein-Main-Gebiet (Wirksamkeit - Gesundheitliche Folgewirkungen)
- 4.) Prüfung von Alternativen (evt. Weiterbetrieb des bestehenden GUD - Kraftwerkes)
- 5.) Belange der Landschaftspflege, des Denkmalschutzes und Artenschutzes
vgl. auch Anlagen (5)

ANLAGE

4. 08-F-25-0007

Wirtschaftlichkeitsprüfung zum Kohlekraftwerk
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIEGRÜNEN und FDP vom
16.01.2008

Im Beschluss Nr. 0437 der Stadtverordnetenversammlung vom 20. September 2007 wurde festgestellt, dass der Aufsichtsrat der ESWE Versorgungs AG am 11.7.2007 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG mit der Ergänzung des letzten vorgelegten Gutachtens beauftragt hat. Weiterhin wurde beschlossen, dass das Ergebnis der Prüfung der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen ist.
Aus der Presse ist zu entnehmen, dass dieses Gutachten seit November 2007 vorliegt.

Deshalb möge der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die Ergebnisse der letzten Wirtschaftlichkeitsprüfung umgehend dem Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit vorzulegen.

5. 07-F-01-0129

Auswirkungen des Ausstoßes von Schadstoffen (NOx) durch das geplante Kohlekraftwerk
Ingelheimer Aue / Mögliche Belastungen für Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0218 vom 27.11.2007

ANLAGE

6. 07-F-25-0039

Feinstaubquellen im Alltag
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0102 vom 12.06.2007

ANLAGE

7. 08-F-07-0001

Baumfällungen auf dem Neroberg
Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 16.01.2008

Der Umweltausschuß möge beschließen:

Vorbemerkung:

In der Sitzung des Umweltausschusses am 27.11.2007 wurden die Baumfällungen im Bereich der russischen Kirche auf dem Neroberg angesprochen. Diese Baumfällungen hatten das Ziel, die historische Blickachse zwischen Monopteros und Kirche wiederherzustellen. Damit wurde

eine langjährige Forderung verschiedener Institutionen, u.a. Bürgerbeirat und Ortsbeirat Nordost, erfüllt.

Bei den durchgeführten Maßnahmen hat man auch einige Koniferen, die als immergrüner Hintergrund der Kirche Bestandteil des Hoffmannschen Konzepts sind, gefällt.

Laut Auskunft der zuständigen Dezernentin bei o.g. Sitzung waren die Maßnahmen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abgesprochen. In Realität war dies jedoch nicht der Fall. Darüber hinaus konnte man der Presse (WT 29.11.07) entnehmen, daß nach Informationen der Baumschutzinitiative auch das Umweltamt nicht informiert worden war.

Deshalb wird der Magistrat gebeten

1. zu erklären, wie es zu diesen widersprüchlichen Aussagen kommen konnte,
2. den juristischen Sachverhalt darzustellen,
3. zu berichten, welche kurz- und längerfristigen Maßnahmen im Bereich der russischen Kirche in Planung sind (Rodungs- und Schneidearbeiten, Neuanpflanzungen, saisonale Pflegearbeiten etc.), und ob diese mit den zuständigen Ämtern auch wirklich abgestimmt wurden,
4. konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, wie im Vorfeld notwendiger Baumfällungen eine bessere Abstimmung der betroffenen Ämter bzw. Amtsbereiche untereinander erreicht werden kann, um in Zukunft derartige Vorfälle zu vermeiden.

8. 08-F-25-0002

Bericht zum Sachstand der Umsetzung des Gutachtens Grünflächenpflege
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom
16.01.2008

Vorbemerkung:

Mit Beschluss Nr. 0274 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.07.2005 wurde dem Maßnahmenprogramm zur Qualitätssicherung der Grünflächenqualität in Wiesbaden in Anlehnung an das 10-Punkte-Programm des Gutachtens über die Grünflächenpflege in Wiesbaden von Dr. Steidle Consult zugestimmt. Ebenfalls Mitte 2006 wurde ein Maßnahmenprogramm zur operativen Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens über die Grünflächenpflege in Wiesbaden beschlossen. Das Sofortprogramm aus 2007 geht die Verbesserungen in der Grünflächenpflege ebenso tat- wie finanzkräftig an.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen möge der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie der Sachstand der Umsetzung folgender Schritte des 10-Punkte-Programms und den damit verbundenen Handlungsempfehlungen ist:

- die "Gebührenordnung" Grünflächenpflege und die entsprechenden Leistungsverzeichnisse für die Grünpflege,
- der strukturelle Optimierungsprozess, d.h. die Übertragung der Ressourcen und Verantwortlichkeiten von den betroffenen Fachämtern in Absprache mit Dez. I/20 auf das „Amt für das Management von Stadtgrün“,
- der Sanierungsplan für die festgestellten Mängel der Gestaltungspflege,
- der Entwurf des Leitbildes Stadtgrün, der mit den städtischen Gremien abgestimmt werden sollte, auch im Zusammenhang mit der Bewerbung der Stadt Wiesbaden als Weltkulturerbe der UNESCO,

- die Einrichtung einer neuen Einheit, die mit dem Controlling bzw. mit dem Einhalten der abzugebenden Leistungsgarantien befasst sein soll,
- der Organisationsprozess, d.h. die Optimierung der inneramtlichen Organisations- und Arbeitsabläufe in den operativen Einheiten hinsichtlich der Pflegetätigkeiten sowie die Integration vorhandener Bausteine in diese und
- die konsequente Weiterentwicklung der unterschiedlichen Beschaffungsalternativen der Grünpflege, insbesondere das von Frau Dr. Steidle-Schwan nachdrücklich geforderte Sponsoring sowie eine Bürgerbeteiligung.

9. 08-F-22-0001

Energetische Erneuerung für Kindergärten und Schulen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 16.01.2008

Der Ausschuß für Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Auf Bundesebene soll die energetische Erneuerung von Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Krippen sowie Schul- / Turnhallen in den Kommunen verstärkt gefördert werden. Ab diesem Jahr startet daher der Investitionspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur energetischen Sanierung sozialer Infrastrukturen in Höhe von 200 Mio. € Bundesfinanzhilfen, die zusammen mit den Anteilen der Länder und Gemeinden (Drittmittelfinanzierung) einen Förderrahmen von 600 Mio. € ergeben. Hinzu kommen 200 Mio. € zur Zinsverbilligung von Darlehen im Rahmen des CO2-Gebäudesanierungsprogramms.

Der Investitionspakt hat zum Ziel, die energetische Erneuerung von öffentlichen Gebäuden der sozialen Infrastrukturen in den Kommunen zu fördern, um auf diese Weise Energieeinsparung, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sowie die Förderung von Bildungsinvestitionen gebündelt zu unterstützen.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit und in welchem Umfang die Stadt Wiesbaden sich an diesem Programm beteiligen kann.

10. 07-V-67-0017

DL 52/07-6

Fasanerie; Erweiterung des naturpädagogischen Zentrums

11. 07-V-61-0012

DL 01/08-2

Bebauungsplanentwurf "Europaviertel - Südwestlich der George-Marshall-Straße" im Ortsbezirk Rheingauviertel-Hollerborn

12. 07-V-61-0056 **DL 01/08-5**

Bebauungsplanentwurf "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes -

13. 07-V-61-0057 **DL 01/08-6**

Bebauungsplanentwurf "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Veränderungssperre -

14. 07-V-61-0063 **DL 01/08-7**

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) ?Danziger Straße - Seniorenpflegeheim? im Ortsbezirk Sonnenberg
Beschluss über den Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB sowie der Offenlagebeschluss

15. 07-A-20-0008

Aktuelles aus dem Magistrat

16. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 07-V-36-0033 **DL 01/08-1 NÖ**

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 30.08.2007

2. 07-V-66-0241 **DL 52/07-8**

Autofreies Rheinufer - Straßenneubau zur Umfahrung der Reduit in Mainz- Kastel

3. 07-V-36-0035

DL 01/08-3

Mittelfreigabe für Hochwasserschutz- und Hochwasserlenkungsmaßnahmen im Ortskern
Sonnenberg

4. 07-F-01-0088

Abgasmessung zur Überprüfung der Luftqualität an der Straßenkreuzung
Blücherstraße/Gneisenaustraße
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0147 vom 04.09.2007

ANLAGE

5. 07-F-25-0109

Technische Regenwassernutzung in Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0180 vom 30.10.2007

ANLAGE

6. 07-F-01-0102

Biogaskraftwerk
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0177 vom 30.10.2007

ANLAGE

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Reinhardt
Vorsitzende